

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger  
und die Anzeiger die Postämter  
an. — Erscheint wöchentlich.  
Sprecher - Anstalt Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeiger  
Preisliste für Anzeigen aus  
Anzeigen 20 Goldmarken, aus  
wichtige Anzeigen 25 Goldmarken,  
Kleinanzeigen 10 Goldmarken,  
sonstige 5 Goldmarken.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1940

Nr. 127

Donnerstag, den 4. Juni 1925

20. Jahrgang

### Ausschub der Note.

Paris, 2. Juni. Am Quai d'Orsay wird erklärt, die Ueberreichung der Note über die deutsche Abrüstung wurde laut Mitteilung des französischen Vorschalters in Berlin erst am Donnerstag erfolgen, weil der Reichsminister des Aeußern bis dahin von Berlin abwesend sei. Der französische Vorschalter in Berlin hat dem Quai d'Orsay gleichzeitig mitgeteilt, die deutsche Regierung ersuche um einen Ausschub der Veröffentlichung von Note und Anlagen, weil es nicht möglich sei, die Uebersetzung der Dokumente so schnell vorzubereiten, daß die Veröffentlichung zwölf Stunden nach der Ueberreichung erfolgen kann, wie es von den Vorschalterskonferenzen vorgeesehen war.

Man erklärt es am Quai d'Orsay für wahrscheinlich, daß die Berliner Blätter die Note und die beiden Anlagen Sonnabend früh veröffentlichen werden.

London, 2. Juni. Reuter berichtet, daß sich in den letzten Tagen in der Frage des deutschen Sicherheitsabwortschlages nichts geändert habe, und daß der nächste

Schritt von Frankreich geschehen müsse, nachdem die französische Regierung die britischen Anregungen, die in Paris vorliegen, geprüft habe. Die Meinung, daß die britische Garantie für die deutschen Westgrenzen nur für 30 Jahre gültig sein sollte, treffe nicht zu. Es sei keine Zeitgrenze festgesetzt und das Angebot gelte solange wie der Vertrag bestehen bleibe. Bezüglich anderer, scheinbar bestimmt begründeter Gerüchte über die Einzelheiten werde darauf hingewiesen, daß die Note in ihrer Gesamtheit allgemeine Prinzipien aufstelle, und es sei verfrüht, bezüglich bestimmter detaillierter Fragen irgend etwas zu sagen, was die Weisheit in den verschiedenen eintretenden Situationen geschehen könnte. Es könne keine Rede davon sein, daß die britischen Annahmen zu der Note, die der französischen Regierung mitgeteilt worden seien, veröffentlicht würden. Denn sie könnten als nichts anderes als eine Etappe in den Verhandlungen bezeichnet werden.

### Wann kommt die Amnestie?

Bekanntlich sollte gleich nach dem Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten ein Amnestiegesetz erlassen werden. Nun ist so viel Zeit seitdem verstrichen, daß nicht nur die radikalen Organe, sondern auch die Blätter der Regierungsparteien fragen wie es eigentlich mit der in Aussicht gestellten Amnestie sich verhält. Wie verlautet, befinden sich die parlamentarischen Vorbesprechungen noch im ersten Anfangsstadium. Bis jetzt haben Besprechungen zwischen dem Reichsjustizministerium und den Vertretern der Länder stattgefunden, in denen man sich noch nicht hat einig werden können, weil die recht hoch gespannten sozialdemokratischen Forderungen auf den Widerstand besonders Bayerns gestoßen sind. Bevor hier ein Ausgleich geschaffen ist, kann sich nicht einmal die Reichsregierung als solche mit der Vorlage befassen, und erst wenn dies geschehen ist, wird die Gesetzesvorlage dem Reichstag zugehen. Das dürfte nach Lage der Dinge noch mehrere Wochen dauern.

### Gegen Handelsbeschränkungen.

Genf, 2. Juni. Die Abschaffung der Aus- und Einfuhrbeschränkungen und Verbote bildete nach dem Antrag des italienischen Wirtschaftspolitikers Birelli den Hauptgegenstand der Arbeit der jüngsten Tagung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes. Ministerialrat Dr. Reinschagen-Berlin sprach sich rüchhaltlos für die Abschaffung aus, die Deutschland durch Handelsverträge mit den meisten in Frage kommenden Ländern bereits vorbereitet habe. Auch die anderen Sachverständigen und die Mitglieder des Komitees sprachen sich für eine internationale Aktion zur Herbeiführung der allgemeinen Abschaffung der Verbote und Beschränkungen. Der Ein- und Ausfuhr aus, und nur das französische Mitglied des Komitees Serrahs zeigte sich etwas abgernd. Offenbar mit Rücksicht auf die Inflationsbeschränkungen. Das Komitee hofft, der sechsten Völkerbunderversammlung im September einen endgültigen Plan vorlegen zu können.

### Deutschlands Anleiheausichten in Amerika.

New York, 2. Juni. Das Handelsdepartement veröffentlicht einen Bericht über die weiteren deutschen Anleiheausichten in New York. In dem die augenblickliche Situation für Deutschland nicht allzu günstig dargestellt wird. Als Haupthindernis für das Auflegen weiterer Anleihen wird der gegenwärtige gesunkene Kursstand der bisher ausgegebenen Obligationen angegeben. In diesem Zusammenhang wird vor allem auf die Darlehensanleihe hingewiesen, die nach Ansicht führender Bankiers ihrer Güte und Sicherheit nach mindestens auf drei Jahren müßten. Allerdings ist in der Darlehensanleihe seit einigen Tagen eine erfreuliche Kurswärtsbewegung zu verzeichnen. Seit ihrem tiefsten Stand ist sie hier langsam, aber ohne Unterlaß bei täglich arder werdender Nachfrage von 92 auf 96 1/2 gestiegen. Bei gleichbleibender Entwicklung müßte sie somit bald auf par sein. Dies könnte auch auf den Markt der privaten Anleihen günstig wirken. Um jedenfalls für alle Fälle gerüstet zu sein, hat man in New Yorker Finanzkreisen Schritte für die Ausgabe neuer deutscher Anleihen vorbereitet. Man würde voraussichtlich mit einer Anleihe für das Gesamtgebiet beginnen, die dem Publikum als unter der Kontrolle des Völkerbundes stehend am meisten zusagen würde.

### Amerika gegen die Schuldenkonferenz.

New York, 2. Juni. Mellon und Kellogg teilen mit, daß die Vereinigten Staaten dem Plan, die Schuldenkonferenz nach London einzuberufen und dort unter Zugiehung Englands gemeinsam das ganze Problem durchzubearbeiten, nicht zustimmen können. Das Interesse der Vereinigten Staaten verlange getrennte Verhandlungen. Der Plan war von dem früheren Vorschalter Harbo in der „Washington Post“ erörtert worden und wurde vielfach als offizieller Versuchsbalon betrachtet.

### Türkische Aufträge an Deutschland.

Der Konstantinopeler Korrespondent der „Chicago Tribune“ hebt hervor, daß die Türkei seit einiger Zeit nur noch Aufträge an deutsche Firmen erteilt. Weder die englischen noch amerikanischen, französischen oder italienischen Firmen hätten seitdem irgendwelche nennenswerten Aufträge. Der Berichterstatter gibt eine interessante Zusammenstellung aller größeren mit deutschen Firmen bereits abgeschlossenen Geschäfte und Aufträge: Die Aegean-Perimenten-Eisenbahn, eine Eisenbahnstrecke von 100 Meilen zur Bagdad-Eisenbahn, Aufträge auf Schienen und Ausrüstung einer 80-Meilen-Eisenbahn von Anzora nach Erwas, eine 50-Meilenlinie von Samsum nach Atkhan, die Ausnützung dreier führender Munitionsfabriken in Konstantinopel für 30 Jahre, Wiederherstellung und Wiederausrüstung der großen Eisenbahnwerkstätten von Gekischehr, ein 26 000-Tonnen-Schwimmdock zur Reparatur des Kreuzers „Goeben“, zwei deutsche Unterseeboote, die in Rotterdam gebaut werden sollen, Lokomotiven und Waggons für die anatolische und die Bagdad-Eisenbahnen und schließlich sämtliche Kohlenlieferungsverträge für die Eisenbahnen. Außerdem würde wahrscheinlich der Auftrag auf Reparatur der „Goeben“ und auf den Bau einer großen Radiostation in Angora nach Deutschland gelegt werden.

Der Grund, weswegen Deutschland bei den Aufträgen so bevorzugt wird, soll darin liegen, daß die französischen Preise zu hoch sind, daß man mit England bis zur Regelung der Moskufträge keine Geschäfte tätigen will, und daß die Amerikaner durch die Vorfälle bei der Schifferkonferenz den Ruf geschäftlicher Abenteuer erlangt haben. Infolge der vielen Aufträge an Deutschland haben bereits einige hundert deutsche Arbeiter ihren Wohnsitz in Angora genommen.

### Vortragsreise Dr. Edeners.

Wie das „B. Z.“ hört beabsichtigt Dr. Edeners, demnächst nach Spanien zu reisen, um dort in einer Reihe von Städten Vorträge über die Ozeanfahrt des R. M. 9 zu halten. Gleichzeitig wird Dr. Edeners die zwischen der Reppelinsgesellschaft und der von der spanischen Regierung subventionierten Transatlantischen Luftfahrtgesellschaft in Sevilla angeknüpften Verhandlungen über die Einrichtung eines Reppelinsluftverkehrs zwischen Spanien und Südamerika wieder aufnehmen. Es sei zunächst der Bau eines Luftschiffes von 80 000 Kubikmeter Inhalt vorgesehen, das voraussichtlich in Friedrichshafen gebaut werden soll, da der Bau von Reppelins dieser Größe bekanntlich durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages erlaubt ist. Dieser kleine Reppelin soll zunächst zur Ausbildung der spanischen Besatzung dienen und zwischen Spanien und den Azoren verkehren. Später sei der Bau von großen transatlantischen Reppelins mit einem Inhalt von 150 000 Kubikmeter vorgesehen.

### Graf Posadowsky.

Zum achtzigsten Geburtstag.

Graf Posadowsky-Wehner, der am 3. Juni 80 Jahre alt wird, ist einer der wenigen Staatsmänner aus der wilhelminischen Epoche, der nicht nur von dem schwindenden Spargeld vergangener Zeiten lebte, sondern klar den veränderten Verhältnissen in die Augen sah, eine Persönlichkeit von Format mit eigenen politischen Ideen. Ein Mann, der über die Ziele seiner Partei hinausleht, ist bei den preussischen Junkern niemals beliebt gewesen. Das hat Bismarck erfahren müssen, dieses Schicksal teilte auch Posadowsky. In der erfolgreichsten Zeit seiner Beamtenlaufbahn, als Reichssekretär und später als Staatssekretär des Innern und Vertreter des Reichstanzlers waren es gerade die Konservativen, die ihm, dem konservativen Fortschrittsmann, die meisten Schwierigkeiten in den Weg zu legen versuchten.

Posadowsky war nach erfolgreicher Tätigkeit als Landrat des Posenischen Kreises Kammerherr und später als Landeshauptmann der Provinz Posen — kurze Zeit hatte er auch als Mitglied der Freikonservativen Partei dem Preussischen Abgeordnetenhaus angehört — zum Staatssekretär berufen worden. Er kam in dieses Amt noch mit der Einstellung seiner ländlichen Standesgenossen. Die Entwicklung der Industriearbeiterschaft war ihm fremd. Aber unermüdlich studierend, seine Anschauungen richtigstellend wurde er einer derjenigen konservativen Politiker, die die soziale Reformarbeit als eine der ersten Aufgaben des Staates betrachteten. Die Rechte warf ihm „einseitige Arbeiterverliebtheit“ vor. Als er die höchste preussische Dekoration, den Schwarzen Adlerorden bekam, hieß es in der rheinischen Großindustrie, „gestern hat der erste Sozialdemokrat den Schwarzen Adler bekommen“. Freilich konnte er sich nie ganz von den Vorurteilen seiner Klasse befreien. Ihm blieben die Arbeiter Objekte staatsmännlicher Kunst, die er möglichst mit Güte und Fürsorge, nötigenfalls aber mit Gewalt zu beherrschen galt. Als Subjekt der Politik, als zur Beteiligung an der Leitung des Staates Berufene, konnte er sie nicht anerkennen.

Infolge von Differenzen mit dem Reichstanzler v. Billow schied Posadowsky 1907 aus dem Kabinett. Vor seinem Ausscheiden hatte er im Reichstag erklärt, daß er noch zwei Aufgaben durchzuführen wünsche: Die Kodifikation der sozialpolitischen Gesetze und den Erlaß eines Reichsvereinsgesetzes. Mit der Kodifikation sollte eine wesentliche Verbesserung der Versicherungsgesetze zugunsten der Arbeiter verbunden sein. Die Verfolgung der Rechtsansprüche war zu reformieren, in der Krankenversicherung war der Kreis der von ihr erfaßten Arbeitnehmer zu erweitern. Im Vereinsgesetz sollten die engen, nach Auspruch Posadowskys nur zur Berührung des Publikums dienenden Bestimmungen freierlicher gefaßt werden. Er hat das Werk nicht vollenden können, sondern mußte seinen Ausbau anderen überlassen.

Der verabschiedete Minister wurde Dechant des Domkapitels zu Naumburg und auf Vorschlag des Domkapitels Mitglied des Herrenhauses. Hier schloß er sich keiner Fraktion an. Gestraft nach seiner politischen Stellung, blühte er zu erklären, „er stehe der konservativen Partei nahe“. Als im Jahre 1918 der Gesetzentwurf über Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen dem Herrenhaus vorlag und die Fraktionen beschlossen, von einer Erörterung abzusehen und ihn sofort einem Ausschuss zu überweisen, war es Posadowsky, der hiergegen opponierte. Er erklärte es als „ein Unikum in der parlamentarischen Geschichte“, daß ein Parlament über die wichtigste Vorlage, die ihm je vorlag, nicht ein einziges Mal in öffentlicher Sitzung vertrat. Erklärlich sagte er: „Meine Herren, das macht mir den Eindruck des Beschlusses einer sterbenden Versammlung“. Er hatte richtig prophezeit. Nach wenigen Wochen war das Herrenhaus für immer aufgelöst.

Der Dreißigjährigen Krieg blieb auch nach der Revolution seinem Ziele treu, für den Staat zu arbeiten. Er nahm ein Mandat zur Weimarer Nationalversammlung an, welches ihm die Deutschnationale Volkspartei, die damals behauptete, ganz etwas anderes zu sein als die alte konservative, anbot. In den ersten Reichstag hat er sich nicht mehr wählen lassen. Nicht sein hohes Alter war der Grund zu dieser Zurückhaltung, wie er ausdrücklich erklärt hat, als sein Ausscheiden aus der praktischen Politik in der Reichsdrucke damit begründet wurde. Er dachte nicht zu den Deutschnationalen. Die Art, wie die Opposition trieben, entsprach nicht seinen Anschauungen. Unter dem Titel „Weltwende“ hat er eine Sammlung politischer Aufsätze veröffentlicht, die zeigen, wie er über die Wirkungen des Weltkrieges dachte. An die Adresse der Deutschnationalen